

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Pulsnitzer Tagesblatt, Pulsnitzer Bezirksanzeiger
Postfach-Konto Dresden 2138, Giro-Konto 146

Wochenblatt
Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitzer
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangswiseiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalbe, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederhüttenau, Friedersdorf, Thienendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr)

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 205

Mittwoch, den 3. September 1930

82. Jahrgang

Wahlen und Parteibewegung

Die Leipziger Demokraten sind mit der Staatspartei unzufrieden

Eine Vorstandssitzung der Leipziger Demokraten beschäftigte sich dieser Tage mit der von der Staatspartei in Berlin diktierten Landesliste für Sachsen und fasste eine Entschliessung, deren Bezeichnendste Sätze lauten: „Die von Berlin bestimmte Landesliste widerspricht allen Grundsätzen der DDP und der neuen Staatspartei. Sie kann in ihrer Zusammensetzung in Leipzig keinen Sieg erringen helfen. Sie lähmt die Tatkraft und Entschlußfähigkeit der bisher einigen und geschlossenen Leipziger Organisation der DDP, aufs schwerste. Diese Landesliste läßt die Erkenntnis der besonderen in Leipzig vorliegenden Verhältnisse vermissen. Sie stellt ein schlechtes Kompromiß dar, das die gute Sache außer acht läßt, ja geradezu gefährdet. Sie steht schließlich auch in Widerspruch zu den Ansichten des Wahlkreises Dresden und Chemnitz und des Landesvorsitzenden Dr. Kütz. Die DDP Leipzig besteht darauf, die für Leipzig von den Organen der DDP und der BR aufgestellten Spitzenkandidaten (Dr. Appelt) festzusetzen. Sie stellt anheim für Dresden und Chemnitz eine Liste aufzustellen, die das von der Berliner Zeitung erstrebte Ziel erfüllen kann.“

Generaloberst a. D. v. Seekt sprach in Halberstadt in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei und bezeichnete dabei als das Ziel der neuen Außenpolitik die Wiederaufrichtung Deutschlands als Machtstaat. Vor den guten Europäern stehe der gute Deutsche. Seekt streifte auch Ostfragen. Es müsse im Osten keine Eroberungs-, sondern Erhaltungspolitik getrieben werden. Zum Schluß seiner Rede befaßte sich Seekt mit Wirtschaftsfragen und erklärte, so lange die Sozialdemokratische Partei die Klassenherrschaft anstrebe und dem Internationalismus diene, müsse sie von der Deutschen Volkspartei abgelehnt werden.

Die Differenzen innerhalb der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei wegen verschiedener Forderungen der Sturmabteilungen sind in einer Berliner Konferenz der Führer, an der Adolf Hitler teilnahm, restlos beigelegt worden. Die Wünsche der S. A.-Leute bezogen sich im wesentlichen auf finanzielle und organisatorische Fragen. Es wurde vereinbart, daß Hitler die Oberleitung der Sturmabteilungen übernimmt, der bisherige Führer, Hauptmann von Pfeiffer, findet eine andere Verwendung. Ferner wurde den Sturmabteilungen größere finanzielle Selbstständigkeit eingeräumt.

In einer deutschnationalen Wählerversammlung in Chemnitz betonte Domprediger D. Doehring, Hugenberg werde von so vielen geliebt, weil er erkannt habe, daß das Geheimnis des deutschen Wesens die deutsche Seele sei. Große Politiker hätten immer wie Hugenberg in die Ferne gesehen. Hugenbergs Ideen seien nicht Phantasien, sondern Wirklichkeit, die aus der Gegenwart in die Zukunft den Weg zur nationalen Freiheit wiesen. Bolschewismus oder Kommunismus und Arbeiterschaft seien nicht dasselbe. Der deutsche Arbeiter sehne sich danach, die Anechtenschaft zu brechen, die über ihm schwebt. Nicht gegen den deutschen Arbeiter, wohl aber gegen die Sozialdemokratie müsse man kämpfen. Die Furcht vor den Extremen sei nichts anderes als die Angst, es könne einmal eine Bewegung kommen, die auch das ängstliche Bürgertum in Bewegung setze.

Oberpräsident a. D. Winnig sprach vor einem geordneten Kreise in Potsdam: Der Konservatismus ist in der Vorkriegszeit in Abwehr gewesen, heute ist er eine im Angriff befindliche Bewegung. Winnig erklärte dann: Von meinem scharfen Wort: „Was die Sozialdemokratie anfaßt, wird krank“, kann ich nicht abgehen.

Die Spitzenkandidaten der Wirtschaftspartei für die Reichsliste sind folgende: 1. Drewitz, Berlin, Bäckermeister, 1. Parteivorstand. 2. Prof. D. Dr. Dr. Dredt, Warburg, Universitätsprofessor, Reichsjustizminister. 3. Köpfer, Berlin, Präsident des Deutschen Gastwirtsverbandes. 4. Dr. Jörissen, Köln, Weingutbesitzer. 5. Bormann, Berlin, Generaldirektor der Edelta-Genossenschaften. 6. Mollath, Berlin, Kaufmann, Ehrenmitglied des Reichsverbandes deutscher Fuhrbetriebe. 7. Colosser, Berlin, Baugewerks-

meister und Architekt, 2. Parteivorstand. 8. Pehold, Berlin, Vorstandsmittglied des Reichsverbandes deutscher Drogisten.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft I hat am Dienstag das Amtsgericht Berlin-Mitte einen Wahlauftrag der R. S. D. A. P. mit der Ueberschrift „20 000 Km. Gehalt“ beschlagnahmt, weil er Beleidigungen der Reichs- und preussischen Minister und eine Beschimpfung der Republik enthält. Auch der „Angriff“ vom 31. August, in dem dieser Wahlauftrag veröffentlicht ist, wurde beschlagnahmt.

Das Reich will Kleinwohnungen bauen.

Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Die Länder und Gemeinden haben aus den Hauszinssteuermitteln bisher hauptsächlich den Bau von Wohnungen von 60 bis 80 Quadratmeter Wohnfläche gefördert, also von Wohnungen, die einschließlich Küche drei bis vier Räume haben. Jetzt fehlt es vielfach an Wohnungen, die kleiner sind und deren Miete auch für die leistungsschwächeren Schichten der Bevölkerung noch tragbar ist. Deswegen hat sich das Reich die Förderung solcher Kleinwohnungen zur besonderen Aufgabe gestellt. Mindestens die Hälfte, teilweise sogar bis zu zwei Dritteln der geplanten Wohnungsbauten werden

unter 45 Quadratmeter

Wohnfläche enthalten. Die Bauprogramme der Länder werden im nächsten Jahre allgemein dieser Entwicklung Rechnung tragen müssen.

Die eigentlichen Bauarbeiten haben bei vielen Bauten bereits begonnen und werden jetzt zunehmend rascher einsetzen. Noch vor dem Winter werden fast sämtliche Wohnungen im Rohbau fertiggestellt sein können, wenn das Herbstwetter nur einigermaßen günstig ist. Für die Wintermonate wird dann der Innenbau erwünschte Arbeitsgelegenheiten bieten.

Naturngemäß sind ziffernmäßige Angaben über die Auswirkung des Wohnungsbauprogrammes auf dem Arbeitsmarkt

noch nicht möglich, da hierbei ja auch die Tatsache zu bewerten wäre, daß infolge des Bauprogrammes vielfach Entlassungen von Arbeitskräften vermieden worden sind und werden, die ohne diese zusätzliche Arbeitsbeschaffung im gegenwärtigen Zeitpunkt des Ablaufes der Bauarbeiten fraglos eingetreten wären. Die erste Rate der Reichsmittel soll im September an die Länder ausgezahlt werden.

Der Reichspräsident in Bad Tölz.

Reichspräsident von Hindenburg hat der Stadt Bad Tölz, dessen Ehrenbürger er ist, einen Besuch abgestattet. Zugleich hat er die neue Trink- und Wandelhalle besichtigt. Er wurde von dem Bürgermeister der Stadt empfangen. Bei der Ankunft und Abfahrt brachte die Menschenmenge dem Reichspräsidenten Guldigungen dar.

„Kein aktueller Konfliktfall.“

Die Kompetenz für außenpolitische Richtlinien. Zu der Meldung eines Berliner Abendblattes über einen angeblichen Konflikt zwischen Dr. Curtius und Treviranus wird von unterrichteter Seite erklärt, daß eine persönliche Auseinandersetzung zwischen dem Reichsaußenminister und seinem konservativen Ministerkollegen nicht stattgefunden hat. Treviranus hatte, als Dr. Curtius aus Baden-Baden wieder in Berlin eintraf, bereits eine Wahlpropagandareise angetreten. Im übrigen werden alle Behauptungen über Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Mitgliedern der Reichsregierung auch schon insofern als gegenstandslos bezeichnet, als der Reichskanzler Dr. Brüning vor einigen Tagen in Trier mit einer eindeutig formulierten Erklärung die Kompetenzfrage für die Bestimmung der außenpolitischen Richtlinien des Kabinetts dahingehend geklärt habe, daß für die Führung der Außenpolitik lediglich der Reichskanzler und der Reichsaußenminister verantwortlich seien. Da sicherem Vernehmen nach Reichsminister Treviranus sich grundsätzlich zu dieser Auffassung bekennt, bestehe auch kein Anlaß, im gegenwärtigen Zeitpunkt etwa vorhandene grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Kabinettsmitgliedern zu einem aktuellen Konfliktfall auszuweiten.

Die Wahlreform.

Von Dr. Wilhelm Kütz, Reichsinnenminister a. D.

Wenn die Deutsche Staatspartei an die Spitze ihrer staatspolitischen Forderungen, die sie als nationale Reformpartei und als nationale Arbeitspartei erhebt, die Forderung auf eine Reform des Wahlrechts stellt, so tut sie das in der Erkenntnis, daß hier der Schlüssel zum Erfolg einer Besserung unserer parlamentarischen und innerpolitischen Verhältnisse zu erkennen ist. Sinn und Zweck jedes Wahlrechts besteht darin, im Parlament den politischen Willen des Volkes zum Ausdruck kommen zu lassen. Die Verfassung sagt mit schönen klaren Worten: „Der Reichstag besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes. Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes, sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.“ Der Reichstag ist nicht mehr der Ausdruck des Volkswillens, sondern das Spiegelbild des mangelnden Volkswillens und des mangelnden Gemeinheitswillens. Der Reichstag ist auch nicht mehr ein verkörpertes politisches Bewusstsein.

Bei dem jetzigen Wahlrecht ist eine gesunde politische Willensbildung nicht möglich.

Die Fehlerquellen des jetzigen Wahlverfahrens liegen in folgendem:

Das Listenystem in Verbindung mit den großen Wahlkreisen führt mit absoluter Zwangsläufigkeit zur Entpersönlichung der Wahl. Unsere ganze Entwicklung in Deutschland bringt an sich schon eine starke Gruppengebundenheit des Staatsbürgers mit sich, und bei der Aufstellung der Kandidatenlisten kommt infolge dessen ausschlaggebend nur noch sehr selten die gesamtpolitische Persönlichkeit des Betreffenden in Betracht, sondern meistens seine Zugehörigkeit zu einer gewissen Erwerbschicht. „Es muß doch an erster Stelle ein Beamter, es muß doch an zweiter Stelle ein Mittelständler“, so und ähnlich klingt es durch die Sitzungen der Parteibehörden, wenn es sich um die Benennung der Kandidaten, d. h. um die Feststellung der Parteiliste handelt. Derartige Methoden sind grundsätzlich. Das, was einen Staatsbürger befähigt, als Wahlkandidat aufzutreten, liegt nicht in seiner Zugehörigkeit zu einer Schicht, sondern in seinen politischen Persönlichkeitswerten, denn nur diese befähigen ihn über den Kreis der eigenen Berufsklasse hinweg, die Erfordernisse des Gesamtvolkes zu erkennen und zu vertreten. Das System der Liste ist deswegen abzulösen durch die Einzelkandidatur, bei welcher vor dem Wähler nicht lediglich ein Parteiprogramm oder eine berufsmäßige Einstellung erscheint, sondern der politische Mensch als solcher.

Hand in Hand hiermit muß eine Verkleinerung der Wahlkreise gehen, um dem einzelnen Staatsbürger durch zentrale Instanzen vorgenommen wird. Eine solche Verkleinerung der Wahlkreise wird auf der anderen Seite auch dem gewählten Abgeordneten viel mehr als bisher Gelegenheit geben, sich um seinen Wahlkreis zu kümmern.

Zu verwerfen ist die Reichsliste. Sie entzieht die auf ihr gewählten Abgeordneten den Wahlkreisen, ist eine reine Ernennung durch die Parteinstanzen, öffnet berufsmäßigen Ambitionen Tür und Tor und hat starke Gefahren der Plutokratie und der Parteiveterwirtschaft im Gefolge.

Aus der Erkenntnis der vorstehenden Momente ergeben sich die Richtlinien der notwendigen Reform: Einzelkandidatur statt Liste, kleine Wahlkreise statt großer, Schutzmaßnahmen gegen Splitterparteien, Wegfall der Reichsliste.

Jedes neue Wahlverfahren bringt naturgemäß Unbequemlichkeiten mit sich, und noch immer ist jede Wahlreform anfänglich auf starken Widerstand in den Kreisen der Parlamentarier selbst gestoßen. Das ist menschlich verständlich, darf aber eine vom Volk als notwendig erkannte Reform nicht verhindern. Schon die Reichstagswahlen des Jahres 1924 hatten die Reformbedürftigkeit des Reichstagswahlrechtes so nachhaltig erwiesen, daß die Reichsregierung von damals den Wünschen des deutschen Volkes entgegenkommen wollte. Jedoch kam der beim Reichstag am 21. August 1924 eingebrachte Entwurf durch die Auflösung des Reichstages nicht zur Beratung. Die beiden dann folgenden Regierungen haben sich erneut ernsthaft mit der Reform beschäftigt, und ich habe selbst im Herbst 1926 dem Kabinett ein Reformgesetz vorgelegt. Die dann folgenden Regierungen haben praktisch das Problem nicht weiter verfolgt. Jetzt hat die Regierung Brüning dem Reichstag ein Reformgesetz zugehen lassen, dessen wesentlicher Inhalt von der Tagespresse bereits wiedergegeben worden ist. Dieser

